



Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Gewalt an FLINTA (Abkürzung für Frauen, Lesben, Intersex-Personen, Nicht-binäre-Personen, Trans-Personen und Agender-Personen) ist kein Randphänomen. Gewalt an Frauen* ist grausamer Alltag und durchzieht jede Gesellschaft. Gewalt an Frauen* ist ein strukturelles Phänomen, das alle Gesellschaftsbereiche durchzieht. Die Zahl der Gewalttaten an Frauen* nimmt stetig zu. Die Gewalt an FLINTA ist ebenso heterogen wie die Betroffenen selbst. Der gestrig verabschiedete Koalitionsvertrag bringt zentrale Vorhaben im Bereich Gleichstellung auf den Weg – so die Abschaffung des Transsexuellengesetzes und die Streichung des §219a StGB. Wir müssen aber auch wieder den Blick auf die Länder, auf Berlin, lenken und auf die prekäre Lage von Projekten aufmerksam machen, die sich für FLINTA akut und präventiv stark machen:

Heute am **25.11.2021** am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen gehen wir auf die Straßen. Wir fordern,

- dass die im Februar 2018 ratifizierte Istanbul Konvention eingehalten und nachhaltig umgesetzt wird.
- dass Projekte, die sich für Frauen* und für Gewaltschutz einsetzen nicht um das finanzielle Überleben kämpfen müssen.
- dass das Thema Gewalt gegen Frauen* als gesamtgesellschaftliches Problem ernst genommen wird. Dazu ist eine **sichere, langfristige und nachhaltige Finanzierung** von Frauen*projekten unumgänglich!

Heute zwischen 09:00 und 12:00 Uhr standen wir vom **Familienplanungszentrum BALANCE** mit zahlreichen weiteren Projekten, Vereinen und Organisationen (**Frauzentrum Schokofabrik, Space2groW, berliner frauen netzwerk bnf, Frauenkrisentelefon, BIG e.V., das feministische Archiv ffbiz, ewa frauzentrum, Frauzentrum Paula Panke, womens welcome bridge, LARA e.V, lesmigras**) vor dem **Roten Rathaus in Berlin**. Die Demonstration wurde von den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Bezirke sowie dem Netzwerk Mobile Beratung für geflüchtete Frauen* initiiert. Mit Redebeiträgen und Plakaten forderten die Anwesenden: „Femizid ist Mord! Nein zu Gewalt



gegen Mädchen/Frauen“, „Beratungsangebote für geflüchtete Frauen dauerhaft finanzieren“, „Gleichstellung dauerhaft finanzieren“, „Dauerfinanzierung für Frauenprojekte“ oder „Wir lassen uns nicht streichen“. Ebenso ging es um die bundesweite Seite frauenhaus-suche.de, auf der sowohl Frauenhäuser als auch Schutzwohnungen (deren Orte anonym bleiben) gesucht werden können. Und auch strukturelle Gewalt innerhalb des Gesundheitssystems ist leider keine Seltenheit.

Kathrin Möller vom Frauenzentrum Paula Panke stellte die entscheidende Frage: „Gleichstellungs- und Antigewaltarbeit wird in Berlin immer nur 1 bis 2 Jahre finanziert. Wir fragen, kann die Gewalt an Frauen* in 1 oder 2 Jahren abgeschafft werden?“

Schon seit Wochen machten viele Projekte über Instagram und Facebook mit den Hashtags **#femprojektesichern, #istanbulkonventionumsetzen, #gleichstellungberlinsichern, #gewaltanfrauen** auf die Notwendigkeit aufmerksam, feministische Projekte sicher zu finanzieren, um wirksam gegen strukturelle Gewalt vorzugehen. **Dilek Kalayci**, Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, teilte gestern über Instagram mit, dass sie den 25.11.2021 als Anlass nehme, „[...]“, um alle Berlinerinnen und Berliner aufzufordern, sich gegen Gewalt an Frauen und Mädchen einzusetzen. Gewalt gegen Frauen ist kein privates, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das wir gemeinsam beenden müssen.“ Wir stimmen Frau Kalayci zu und fragen zeitgleich, wie wir genderspezifischer Gewalt etwas entgegensetzen können, wenn unsere Arbeit zumeist projektfinanziert ist und wir viel Arbeit in Anträge und Sorgen stecken müssen. **Im Verwaltungskampf geht der Kampf für Frauen* und deren Schutz verloren.**

In unserem aktuellen Offenen Brief an die zuständigen Politiker*innen formuliert das Netzwerk Mobile Beratung für geflüchtete Frauen* die akute Bedrohung feministischer Projekte und dessen Auswirkungen auf von Gewalt betroffenen Frauen*. Im Brief steht:

Die aktuelle Situation mit Corona hat gezeigt, dass die Gewalt gegen Frauen und Kinder zugenommen hat. Auch die weltpolitische Situation (u.a. Afghanistan, Belarus) zeigt erneut, dass der aktuell hohe Beratungsbedarf auch weiterhin gegeben sein wird. Flucht und Migration sind ein globales Phänomen, welches uns auch künftig begleiten wird. Nicht zuletzt deshalb muss ein entsprechendes kultursensibles Hilfsangebot aufrechterhalten und eine kontinuierliche Versorgung garantiert werden. Die drohende Streichung der Projekte hat massive negative Auswirkungen auf geflüchtete Frauen* und ihre Kinder, die meist bereits mehr Belastungen ausgesetzt sind aufgrund von sozialer Isolierung, Sprachbarriere, alleiniger Zuständigkeit für die Kinder sowie unverarbeiteter Erlebnisse im Heimatland und auf der Flucht.*

Nur mit einer sicheren Finanzierung können wir unsere Kräfte gebündelt und konzentriert auf den Schutz von FLINTA Menschen lenken!